

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 20 / 2013

MIT EINEM LÄNDERSCHWERPUNKT:
GRIECHENLAND

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012
- MUSICA PRO PACE 2012
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2012-2013

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage†, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Nina Chapman, Joachim Herrmann,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tevfik Göktepe; Foto: Dirk Höltermann, Neuss

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:

- der Oldenburgischen Landesbank AG
- den Stadtwerken Osnabrück AG
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2013

© 2013 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0196-3

ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012

<i>Korea – Von feindlicher Ko-Existenz zur Einheit?</i> Mit Eun-Jeung Lee, Hartmut Koschyk, Karin Janz.	15
--	----

<i>Krieg und Frieden auf der (Welt-)Bühne</i> Mit Carolin Emcke, Reinhold Robbe, Ulrich Khuon.	35
---	----

<i>Das Recht auf Religionsfreiheit und die Verfolgung religiöser Minderheiten</i> Mit Heiner Bielefeldt, Maria Flachsbarth, Holger Nollmann	61
--	----

<i>Die Menschheit altert – Herausforderung für das 21. Jahrhundert</i> Mit Craig Mokhiber, Vladimir Spidla, Henning Scherf	87
---	----

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

<i>Wir alle sind Partner in der Europäischen Union.</i> <i>Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Konstantinos Simitis	111
---	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2012

Stefan Hanheide, Osnabrück »Ihr verfluchten Kriege!«. <i>Lieder zum Ersten Weltkrieg</i>	129
---	-----

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Wiedergeburt der ›polnischen Seele‹ in der »Symphonie e-Moll«
von Mieczysław Karłowicz 153*

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

Dimitris K. Maretis, Osnabrück
*Griechenland und Deutschland in der Krise:
eine schwierige Partnerschaft 161*

Chryssoula Kambas, Osnabrück
*Vom Memorandum zu Memoria. Deutsche Gedächtnisausfälle zum
Zweiten Weltkrieg und Deutschlandbild in der griechischen Krise . . . 169*

Ingeborg Tömmel, Osnabrück
*Griechenland und die Europäische Union:
eine Partnerschaft wider Willen? 183*

György Széll, Osnabrück
Frieden auf der koreanischen Halbinsel? Ein Epilog 195

Rainer Werning, Köln
Metamorphosen der Macht: Myanmars Militär 207

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 225
Abbildungsnachweis 231

Griechenland und die Europäische Union: eine Partnerschaft wider Willen?

Seit die Finanzkrise Griechenland in den Strudel einer Schuldenfalle, ja eines drohenden Staatsbankrotts hineingezogen hat, werden kritische Fragen aufgeworfen: War die Mitgliedschaft im Euro oder sogar in der EU angebracht, oder hätte man sie verweigern müssen? Gehört Griechenland überhaupt zu Europa, oder ist es eher ein Entwicklungsland an der europäischen Peripherie? Sind die Griechen nicht selbst schuld an dem Debakel, weil sie keine Steuern zahlen und das politische System korrupt ist? Natürlich sind solche Einschätzungen und Zuschreibungen übertrieben, ja eigentlich fehl am Platze, und doch, sie schwirren nicht nur in den Köpfen, sondern werden auch in den Medien breit diskutiert, von Politikern bereitwillig aufgegriffen und mit drastischen Statements weiter kolportiert.

Vor diesem Hintergrund befasst sich der vorliegende Beitrag mit der Position Griechenlands in der Europäischen Union (EU), wie sie sich nicht erst seit dem Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise, sondern über einen wesentlich längeren Zeitraum und unter wechselnden historischen Bedingungen und konkreten Problemlagen herausgebildet hat.

Folgende Fragen sind dabei von besonderem Interesse: Warum kam Griechenland in die Europäische Union, und wie entwickelte sich seine Mitgliedschaft nach dem Beitritt? Welche Vor- und Nachteile stellten sich dem Land? Wie geriet Griechenland in die Schuldenfalle, und warum kann es diese aus eigener Kraft nicht überwinden? Sind die Rettungsmaßnahmen der EU für Griechenland zielführend, und inwieweit belasten sie die EU? Was sind die längerfristigen Perspektiven Griechenlands in der EU?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird es einerseits um die Charakteristika der griechischen Wirtschaftsstruktur und des politischen Systems gehen; andererseits aber auch um die Handlungsmöglichkeiten und Einschränkungen, denen ein Staatenverbund wie die EU unterliegt.

I. Griechenlands EG-Beitritt und die Folgen – Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Griechenland infolge deutscher und teilweise italienischer und bulgarischer Besatzung sowie des anschließenden Bürgerkriegs tief verwüstet zurückließ, musste das Land einen schwierigen Weg der ökonomischen Modernisierung sowie der politischen Demokratisierung beschreiten.

Dieser Weg verlief keineswegs geradlinig, sondern war mit erheblichen Rückschlägen verbunden. Dennoch erzielte das Land, das schon 1952 aus strategischen Gründen in die NATO aufgenommen worden war, bereits 1961 ein *Assoziierungsabkommen* mit der damaligen *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG), das erste in der Geschichte der europäischen Integration überhaupt. Mit dem Assoziierungsabkommen war zugleich eine Beitrittsperspektive verbunden. Der Militärputsch des Jahres 1967 brachte diesen Prozess zum völligen Stillstand; unmittelbar nach dem Fall der Junta im Jahre 1974 stellte aber der nunmehr amtierende konservative Ministerpräsident *Konstantinos Karamanlis* einen Beitrittsantrag zur Europäischen Gemeinschaft (EG), um die Westeinbindung des Landes zu konsolidieren.¹ Da Spanien und Portugal fast gleichzeitig Anträge stellten, schien die Süderweiterung der EG eine ausgemachte Sache zu sein. Allerdings wurde Griechenland bereits 1981 in die Gemeinschaft aufgenommen, während Spanien und Portugal diesen Schritt erst 1986 vollzogen.

Die Entscheidung der EG für die Süderweiterung war weniger ökonomisch motiviert – im Gegenteil, man erwartete eher Nachteile aufgrund der starken Entwicklungsunterschiede zwischen Nord und Süd – als vielmehr politisch. Die Kandidatenstaaten konnten Mitte der 1970er-Jahre ihre autoritären und faschistischen Regime abschütteln, und die jungen Demokratien sollten durch die EG-Mitgliedschaft konsolidiert werden. Die Beitrittskandidaten erhofften ebenfalls eine demokratische Konsolidierung; mehr jedoch strebten sie nach wirtschaftlichem Wohlstand, den die Mitgliedschaft im freien Markt zu garantieren schien; für Griechenland spielten zudem Sicherheitsinteressen eine große Rolle.²

Der frühe Beitrittstermin war für Griechenland jedoch in mehrerer Hinsicht ungünstig;³ Zum einen kam es 1981 zu einem Machtwechsel im Lande, indem die sozialistische PASOK (übersetzt: Panhellenische Sozialistische Bewegung) mit *Andreas Papandreou* an der Spitze die Wahlen gewann. Papandreou hatte im Wahlkampf den Austritt aus der EG versprochen, was er aber nach dem Machtwechsel nicht wahr machen konnte. Die Mitgliedschaft war somit von Anfang an von Misstrauen, Euroskepsis und einer gemeinschaftsfeindlichen Rhetorik geprägt.⁴

Zum anderen durchlief die EG zu dieser Zeit eine tiefe Krise: Sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in den politischen Strukturen und Entscheidungsprozessen bestimmte Stagnation das Bild. Hinzu kam für Griechenland, dass es durch den EG-Beitritt einerseits von seinen günstigen Zuliefer- und Absatzmärkten in den benachbarten Ostblockstaaten plötzlich durch hohe Zollmauern abgeschnitten war; andererseits konnten EG-Produkte nunmehr ungehindert den griechischen Markt überschwemmen, was in der Folge zum Niedergang der noch schwach entwickelten heimi-

schen Produktion sowie zu einer kontinuierlich negativen Handelsbilanz führte. Griechenland konnte also vom EG-Beitritt kaum profitieren, und diese Situation änderte sich auch nicht wesentlich in späteren Jahren.

Die Wirtschaft entwickelte sich entlang eines schmalen Spektrums von Aktivitäten, vorwiegend des tertiären Sektors: Der Tourismus nahm kontinuierlich an Bedeutung zu; daneben bildeten die Handelsschifffahrt und die dazugehörige Logistik einen starken Stützpfiler der griechischen Wirtschaft. In kleinerem Umfang stellte auch der primäre Sektor mit landwirtschaftlichen und Bergbauprodukten Exportgüter bereit. Die industrielle Produktion entfaltete sich dagegen kaum und blieb im Wesentlichen auf traditionelle Sektoren beschränkt.

Das schmale Spektrum privatwirtschaftlicher Aktivitäten wurde begleitet und teilweise auch kompensiert durch wachsende Staatsausgaben. Diese galten einerseits dem immer noch sehr einflussreichen Militär sowie den begleitenden Rüstungsausgaben, andererseits dem Aufbau eines allerdings lückenhaften Sozialstaates, und zum Dritten der Ausweitung staatlicher Institutionen. Damit wurde lange Zeit verdeckt, dass tragfähige ökonomische Modernisierungen ausblieben und die Wirtschaftsentwicklung stark am Tropf der Staatsausgaben hing.

II. Griechenlands Mitgliedschaft in der EG / EU – Griechenlands Mitgliedschaft in der EG und später in der EU (Namensänderung 1993) gestaltete sich schwierig. Schon geographisch war das Land nicht mit der Gemeinschaft verbunden; die langen Transportwege durch Drittstaaten bildeten einen entscheidenden Nachteil für einen florierenden Freihandel. Aber auch politisch lag das Land nicht auf der gleichen Wellenlänge wie die anderen Mitgliedstaaten. Wenn die Sozialisten an der Macht waren, überwog ohnehin eine zumindest indirekt ablehnende Haltung gegenüber dem Staatenverbund. Problematischer war, dass griechische Regierungen, egal welcher Couleur, bei zahlreichen europäischen, insbesondere außenpolitischen Entscheidungen von der Möglichkeit des Vetos Gebrauch machten.⁵

Schon beim Beitritt Spaniens und Portugals zur EG drohte Griechenland mit Blockade, ließ sich dann aber seine Zustimmung mit umfangreichen Fördermitteln im Rahmen von eigens dazu aufgelegten Mittelmeerprogrammen abkaufen. Jahrelang blockierte es auch alle Formen der Annäherung an die Türkei, egal, ob es um einen gemeinsamen Wirtschaftsraum oder eine Beitrittsperspektive ging. Schließlich bezog Griechenland eine Sonderposition im Zerfallsprozess Jugoslawiens.⁶ Generell unterstützte es den Erhalt des jugoslawischen Staats und die Position Serbiens im Kosovo-Konflikt. Außerdem versuchte es mit allen Mitteln, die Namens-

gebung »Mazedonien« für die gleichnamige ehemalige Teilrepublik Jugoslawiens zu verhindern, weil es Gebietsansprüche des neuen Staates befürchtete; stattdessen lancierte es den Begriff FYROM (Abkürzung für *Former Yugoslav Republic of Macedonia*). Allerdings hatte Griechenland auch sehr unter dem Zerfall Jugoslawiens zu leiden, denn die kriegerischen Auseinandersetzungen blockierten die Landverbindungen zur EU sowie die intensiven Wirtschaftsbeziehungen zu dem Nachbarstaat. Umgekehrt trat Griechenland vehement für den Beitritt Zyperns zur EU ein, auch ohne einen Friedensprozess oder gar ein Wiedervereinigungsabkommen mit dem türkisch besetzten Nordteil der Insel abzuwarten.⁷

Grundsätzlich gelang es Griechenland nicht, die durchaus berechtigten Gründe für seine Sonderpositionen den anderen Mitgliedstaaten zu vermitteln. Kein Wunder, dass die EU-Staaten Griechenland oft als lästigen Quertreiber, ja sogar als »schwarzes Schaf«⁸ betrachteten.

Dennoch hat die Mitgliedschaft in der EG / EU Griechenland wirtschaftlich und politisch konsolidiert. Der Wohlstand der Bevölkerung wuchs, es stellte sich zunehmend eine durch demokratische Wahlen legitimierte Alternanz zwischen den beiden größten Parteien des Landes ein, der sozialistischen PASOK und der konservativen *Nea Dimokratia* (ND). Allmählich traten so die Kriegs- und Bürgerkriegsjahre mit ihren tief greifenden gesellschaftlichen Konflikten sowie die Nachkriegsjahrzehnte mit ihrem schwierigen Weg zur Demokratie und der Herrschaft der Militärjunta in den Hintergrund.

In verschiedenen Phasen hatte Griechenland erfolgreich die Präsidentschaft des Rates der EG bzw. EU inne; europäische Gesetze wurden einigermaßen fristgerecht in nationale Gesetzgebung umgesetzt, wenn auch nicht immer in der Praxis angewandt. Auch auf anderen Feldern erwies sich Griechenland als ein zunehmend erfolgreiches Land: 2004 richtete es die Olympischen Spiele aus, was einen beträchtlichen Symbolwert sowohl im Innern des Landes als auch auf der internationalen Bühne hatte.

III. Griechenlands Weg in die Schuldenkrise – Als im Jahre 1997 die Entscheidung über die Mitgliedschaft in der Währungsunion fiel, war Griechenland zunächst nicht dabei. Zu groß war schon seinerzeit das Staatsdefizit, und zu groß waren die Unsicherheiten angesichts einer vergleichsweise schwachen Wirtschaftsstruktur des Landes. 1996 löste *Kostas Simitis* (PASOK) den seit 1993 erneut amtierenden *Andreas Papandreou* ab. Der Ministerpräsident, der in Deutschland studiert und als Juraprofessor gearbeitet hatte, leitete einen Schwenk in der Außenpolitik ein, hin zu einer pro-europäischen Politik. Sein Außenminister *Giorgos Papandreou*,

Sohn des langjährigen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou, erreichte zudem eine Annäherung an die Türkei.⁹

Simitis genoss auf dem europäischen Parkett großes Vertrauen, zumal er einschneidende Reformen im Land ankündigte und zum Teil auch durchführte.¹⁰ Ihm gelang es daher auch, Griechenland in den Euro zu führen. Die Grundsatzentscheidung fiel im Jahr 2000; 2002 kam es dann zur Währungsumstellung im Lande. Nachträglich stellte sich allerdings heraus, dass die Zahlen über das Staatsdefizit manipuliert waren, wobei die Manipulationen nicht zuletzt damit zusammenhingen, wie die umfangreiche Schattenwirtschaft in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts einfluss. Simitis gelang es jedoch nicht, alle Reformen, die er angekündigt hatte, umzusetzen. So scheiterte er beim Versuch, das Rentensystem zu modernisieren, da er auf große gesellschaftliche Widerstände stieß; auch in seiner eigenen Partei fand er für dieses Vorhaben kaum Unterstützung. Im Jahre 2004 wurde er abgewählt, und die ND kam wieder unter *Kostas Karamanlis*, einem Neffen des früheren Ministerpräsidenten *Konstantinos Karamanlis*, an die Macht.

Der neue Präsident hatte keinerlei Reformambitionen, sondern führte das Land in eine tiefe Stagnation. So gelang es ihm beispielsweise nicht, das Zypernproblem einer Lösung näherzubringen, das sich nach dem EU-Beitritt des Südtails der Insel und der Ablehnung des *Annan-Plans*¹¹ gravierender stellte. Gleichzeitig verteilte er großzügig Wahlgeschenke und Privilegien an seine Klientel; so erhöhte sich die Zahl der öffentlichen Bediensteten in den 5 Jahren seiner Regierung von 440.000 auf 512.000.¹² Damit nahm auch der Schuldenberg stark zu, während weiterhin geschönte Defizitzahlen nach Brüssel übermittelt und umfangreiche Staatsanleihen bei amerikanischen Banken kaschiert wurden.¹³

Der griechische Schuldenberg hat sich unter der Präsidentschaft Karamanlis allerdings auch deswegen stark erhöht, weil Griechenland kontinuierlich ein enormes Handelsbilanzdefizit aufwies – Zeichen einer schleichenden De-Industrialisierung, die nicht durch andere exportstarke oder devisenbringende Sektoren aufgefangen werden konnte. Das Schuldenmachen erwies sich aber nicht als Problem, solange die internationalen Banken ohne jegliche Hemmungen bereitwillig Kredite zu niedrigen Zinsen bereitstellten. Das änderte sich erst, als die Finanzmärkte und Ratingagenturen in der Folge der amerikanischen und schließlich globalen Finanzkrise plötzlich Alarm schlugen. Fortan wurde die Bonität des griechischen Staats nicht mehr nach Kriterien der Euro-Zone bewertet, sondern entsprechend der Wirtschaftskraft des Landes sowie dem öffentlichen Schuldenstand.¹⁴ Beides verschlechterte sich dramatisch unter dem Druck der von den USA

ausgelösten Finanz- und Schuldenkrise. Entsprechend stiegen die Darlehenszinsen rapide an; die Schuldenfalle schnappte plötzlich zu.

In dieser Situation, die sich in deutlicher politischer Unzufriedenheit im Lande niederschlug, kam die PASOK im Jahr 2009 nach vorgezogenen Neuwahlen unter *Giorgios Papandreou* wiederum an die Macht.

Der neu gewählte Präsident fand einen Scherbenhaufen vor und musste kurz nach seinem Dienstantritt den faktischen Staatsbankrott deklarieren.¹⁵ Was folgte, ist hinlänglich bekannt: Griechenland benötigte dringend Hilfe von außen, die aber nur mit großer Verzögerung, teilweise aus durchsichtigen wahltaktischen Gründen, teilweise aber auch infolge fehlender Strategien und schwieriger Entscheidungsprozesse der Euro-Staaten, gewährt wurde.¹⁶

Als Gegenleistung für umfangreiche Darlehen wurde Griechenland ein rigides Sparprogramm auferlegt, ebenso wie ein rigides Reformprogramm. Papandreou stolperte über diese Auflagen und musste zunächst einer »technischen« Übergangsregierung Platz machen. Diese wiederum wurde nach den Juni-Wahlen 2012 von einer Dreierkoalition aus ND, PASOK und DIMAR (Abkürzung für Unabhängige Linke) – ein Novum in der griechischen Politik – abgelöst. Seitdem ist die Souveränität des Landes auf ein Minimum reduziert, während eine Troika aus EU, IWF und EZB bestimmt, was die Regierung zu tun und zu lassen hat, will sie weitere Kredithilfen erhalten.

IV. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Schuldenkrise – Entgegen den anfänglichen Erwartungen führte der »Rettungsplan« der EU für Griechenland keineswegs zu einer allmählichen Konsolidierung der Staatsfinanzen oder gar zu vorwärtsweisenden Reformen; vielmehr brachte er das Land weiter an den Rand des Abgrunds. Dies gilt sowohl für die wirtschaftliche Situation im Lande als auch für das politische System.

Die Sparmaßnahmen, bei denen Renten, Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und in der Folge auch im privaten Sektor drastisch gekürzt wurden, führten zu einer rapiden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Die Folge war, dass die interne Nachfrage völlig zusammenbrach, was große Teile des Einzelhandels, bestimmte Dienstleistungssektoren wie beispielsweise das Gesundheitswesen, aber auch Teile der Banken in Schwierigkeiten oder gar in die Pleite trieb. Große Firmen, wie beispielsweise Coca-Cola Hellas oder FAGE (Hersteller des berühmten griechischen Joghurts) verließen das Land und siedelten sich in benachbarten Niedriglohnländern wie Bulgarien an. Die Schrumpfung der gesamten Wirtschaft ließ die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, zu Rekordhöhen hochschnellen. Gehässige Medienberichte, insbesondere,

aber nicht nur in Deutschland, über die »faulen« und »korrupten« Griechen, über ständige Streiks, angebliche Bedrohungen von Ausländern und allgemeines Chaos, brachten den Tourismussektor partiell zum Erliegen. Drastische Steuererhöhungen, die vor allem die unteren Einkommensgruppen trafen, resultierten nicht in steigenden Staatseinnahmen, sondern knebelten zusätzlich die auf kleinbetrieblichen Strukturen basierende Wirtschaft. Insgesamt führten diese Entwicklungen zu einer tiefen Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit unter der griechischen Bevölkerung, was wiederum zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Stagnation beitrug.

Die desolade wirtschaftliche Lage und die Unfähigkeit der Politiker, mit neuen Ideen auf diese zu reagieren, führten zu einer Implosion des politischen Systems.¹⁷ Die Ursachen der Krise wurden nicht einer langen und langsam gewachsenen Fehlentwicklung zugeschrieben, sondern zunächst einzig und allein der 2009 gerade erst angetretenen PASOK-Regierung und vor allem ihrem glücklosen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou. Später wurde dann die Schuld der EU und ihrer Troika, und unter den Mitgliedstaaten insbesondere Deutschland, zugeschrieben. In zwei aufeinanderfolgenden Wahlen (6. Mai sowie 17. Juni 2012) sank die ehemals stolze PASOK auf eine Mini-Partei zurück (mit 13,2 % bzw. 12,3 % der abgegebenen Stimmen); auch die ND verlor stark an Zustimmung, obwohl sie sich auf einem deutlich höheren Niveau als die PASOK halten und bei der zweiten Wahl erheblich steigern konnte (von 18,9% auf 29,7%). Dass sie in der gegenwärtigen Regierungskoalition der ehemaligen Kontrahenten PASOK und ND (DIMAR stieg 2013 aus, weil sie die Schließung des öffentlichen Rundfunks nicht akzeptierte) mit *Andonis Samaras* den Ministerpräsidenten stellen kann, liegt nur an dem griechischen Wahlsystem, das der Partei mit den meisten Stimmen zusätzlich 50 Parlamentssitze verleiht. Die Regierung ist somit weit davon entfernt, die Mehrheit der Wähler zu repräsentieren, was angesichts der unpopulären Entscheidungen, die sie zu treffen hat, besonders problematisch ist.

Das bis zum Ausbruch der Krise durch zwei dominante Volksparteien geprägte politische System Griechenlands zerbröselte in kürzester Zeit zu einem Vielparteiensystem, in dem Populisten vom linken und rechten Rand des Parteienspektrums dominieren. So konnte SYRIZA (Abkürzung für Vereinigte Radikale Linke), ein neues linkspopulistisches Bündnis, in den Wahlen vom Mai 16,8%, im Juni sogar 26,9% der Wählerschaft hinter sich bringen und sich damit nur wenige Prozentpunkte hinter der ND als zweitstärkste Kraft im Lande etablieren. ANEL (Abkürzung für Unabhängige Griechen), eine ebenfalls neu gegründete rechtspopulistische Partei, erzielte im Mai auf Anhieb fast 10,6% der Stimmen, fiel allerdings im Juni auf 7,5% zurück. Am extrem rechten Rand konnte *Chryssi Avgi* (CA,

Goldene Morgenröte), die mit ausländerfeindlichen Parolen und Aktionen Stimmung macht, bei beiden Wahlen jeweils 7% der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Daneben schießen zahlreiche Kleinstparteien aus dem Boden bzw. bereits existierende gewinnen stärkeren Anhang. Die neu gegründete DIMAR (Demokratische Linke) erhielt zunächst 6,1% und dann 6,3% der Stimmen, während die seit Langem bestehende KKE (Kommunistische Partei Griechenlands), im Mai auf 8,5% der Stimmen hochschnellte, im Juni aber wieder auf 4,5% schrumpfte.¹⁸ *Tsianos* und *Parsanoglu* interpretieren die so plötzlich aufgetretene Zersplitterung des Parteienspektrums und die entsprechenden Wahlergebnisse als Zeichen einer »einzigartige(n) gesellschaftliche(n) Radikalisierung«. ¹⁹ Laut jüngsten Meinungsumfragen hat sich die Zustimmung zu den neuen, stark polarisierten politischen Kräften weiter zu Ungunsten der beiden Volksparteien verstärkt. Problematisch ist diese Situation, weil die alten wie die neuen Parteien in erster Linie auf die Maximierung ihrer Wählerschaft bedacht sind und somit kaum Bereitschaft zeigen, Verantwortung für die Krisensituation zu übernehmen; Koalitionsbildungen sind damit weitgehend ausgeschlossen oder kommen nur in fragiler Form zustande, wie die derzeitige Regierung belegt. Problematisch ist auch, dass Teile dieser Parteien völlig unrealistische Parolen verbreiten, wie etwa den Austritt aus der EU, statt über die Ursachen der Krise und realistische Schritte zu ihrer Lösung aufzuklären.

Die griechische Bevölkerung, die ohnehin schon kaum Vertrauen in staatliche Institutionen und politische Akteure hatte – eine Folge der langen Fremdherrschaft unter dem Osmanischen Reich, aber auch der ständigen Einflussnahme oder sogar Einmischung auswärtiger Mächte seit der Staatswerdung 1830 bis zur Gegenwart – hat sich angesichts der aktuellen Situation fast völlig vom herrschenden politischen System abgewandt. Politiker werden durchweg als »Diebe« gesehen, die die Steuergelder in die eigene Tasche stecken und somit das enorme öffentliche Defizit verursacht haben. Unter Jugendlichen grassiert zudem die grundsätzliche Ablehnung demokratischer Systeme und Entscheidungsverfahren; stattdessen sehen sie das Heil in hartem, autoritärem Durchgreifen. Es versteht sich, dass unter diesen Bedingungen die Konsolidierung einer stabilen und zugleich schlagkräftigen demokratischen Ordnung in weitere Ferne gerückt ist.

V. Die Rolle der EU in der griechischen Schuldenkrise – Repräsentanten der EU sowie ihrer Mitgliedstaaten sprechen gerne von der Griechenland-Rettung, von Solidarität in der Union und von der notwendigen gemeinsamen Lösung der Krise, die sie sehr schnell zu einer Euro-Krise definiert hatten. Sie verschweigen dabei, dass es bei der Hilfe für Griechenland in

erster Linie um die Verhinderung einer neuerlichen Bankenkrise ging, denn es waren insbesondere deutsche und französische Banken, die sich in Griechenland mit umfangreichen Darlehen engagiert hatten, ohne auf die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates zu achten. Zudem kam die angebliche Rettung, wie allgemein bekannt, nur sehr zögerlich zustande.²⁰ Das lag zunächst an der Unterschätzung der Problematik; es schien ja nur das kleine Griechenland betroffen zu sein. Im weiteren Verlauf der Krise stellten sich aber grundlegendere Hindernisse: einerseits die auseinanderstrebenden nationalen Interessen der Regierungen der Euro-Zone, andererseits die fehlenden Institutionen auf der europäischen Ebene zur Behebung oder Linderung der Krise. Zudem erwies sich das Auseinanderdriften der öffentlichen Meinung zwischen den Mitgliedstaaten als ein Hindernis: Plötzlich tauchten nationale Vorurteile und Stereotype wieder auf, die man längst einer fernen Vergangenheit zugeschrieben hatte; von Bereitschaft zur Solidarität im EU-Rahmen konnte keine Rede sein.

Im weiteren Verlauf der Krise entwickelte sich aber ein Grundkonsens, vorwiegend in Bezug auf eine Strategie des öffentlichen Sparens und gewisser Reformen, die insbesondere Privatisierungen und eine Stärkung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung anstreben; zudem wurden neue Institutionen, wie der zunächst temporäre und später der permanente europäische Rettungsschirm, sowie Regelsysteme, beispielsweise die Bankenaufsicht und ein verschärftes Verfahren zur Kontrolle der Staatsdefizite, aus der Taufe gehoben. Schließlich gewann die Euro-Gruppe, die ja nicht als eigenständige Institution vorgesehen war, zunehmend an Bedeutung, und ihr Vorsitz, der zunächst wie bei allen Ratsformationen im Halbjahresrhythmus rotierte, wurde per Wahl einem Mitglied der Gruppe für einen längeren Zeitraum anvertraut. Zuletzt haben Bundeskanzlerin *Merkel* und der französische Staatspräsident *Hollande* sogar den Vorschlag lanciert, die Euro-Gruppe mit einem permanenten Präsidenten auszustatten. Mit der Schaffung einer solchen Position könnten einerseits Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der Gruppe erleichtert, andererseits aber auch die Verselbständigung der Gruppe von den übrigen EU-Organen gefördert werden.

Zusätzlich zu diesen formalen oder zumindest teilformalisierten institutionellen Innovationen kam es zu gravierenden informellen Veränderungen im Rahmen der EU. So hat sich das politische Gewicht der einzelnen Staaten untereinander stark verschoben: Zunächst gewannen die Staaten der Euro-Gruppe in ihrer Gesamtheit mehr Gewicht gegenüber denen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, indem Erstere alle bedeutsamen Währungs- und damit auch Wirtschaftsentscheidungen treffen und auch weitere Integrationsschritte der EU, beispielsweise die anvisierte Bankenunion,

stark bestimmen. Im weiteren Verlauf gewannen die Nord-Länder der Euro-Gruppe deutlich mehr Einfluss gegenüber den Schuldnerstaaten des Südens; denn die Ersteren sind es, die die Konzepte zur Euro-Rettung formulieren und auch, teilweise gegen den Willen der Letzteren, durchsetzen.

Schließlich kam es auch zu einer Verschiebung der Gewichte zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten der EU, sowohl innerhalb der Gruppe der Nord-Länder als auch der der südlichen Schuldnerstaaten. Dies manifestiert sich zum einen in der enormen Dominanz Deutschlands in allen Entscheidungsprozessen, sodass schon von einer deutschen Hegemonie gesprochen wird. Zum anderen äußert es sich deutlich in einer Ungleichbehandlung von Italien und Spanien einerseits sowie Portugal und Griechenland andererseits. Während sich die Ersteren harten Auflagen der EU ein Stück weit entziehen können, müssen Letztere sich ohne eigene Gestaltungsmöglichkeiten dem Diktat ihrer ›Retter‹ beugen. Die Folgen sind wiederum verschärfte innere Unruhen und Konflikte in diesen Ländern, und damit weitere Radikalisierungen der Parteien und Destabilisierungen der politischen Systeme.

Gleichzeitig ist die EU einer tendenziellen Destabilisierung ausgesetzt. Denn die zunehmende Ungleichbehandlung von Staaten, die extreme Einschränkung der nationalen Souveränität der Schuldnerstaaten sowie umgekehrt die Dominanz einiger weniger ›Geberländer‹, verletzen faktisch ein Grundprinzip, auf dem der europäische Staatenverbund seit seiner Gründung beruht: die prinzipielle Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der partizipierenden Länder und ihrer Regierungen. Zudem wird die EU durch die sinkende Zustimmung ihrer Bürger unterminiert: Denn nicht nur die Bürger der Schuldnerstaaten, sondern auch und besonders die Bürger jener Staaten, die die Rettungsschirme aufspannen und finanzieren müssen, wie insbesondere Deutschland, verlieren das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der EU und verweigern zunehmend die eingeforderte Solidarität.

VI. Schlussbetrachtung: die Perspektiven Griechenlands in der EU – Wie ist die weitere Entwicklung und Position Griechenlands in der EU einzuschätzen? Die Rettungspläne der Union haben bisher nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Trotz Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen wächst der Schuldenberg weiter an, und ein Ende dieser Spirale ist nicht in Sicht. Schon ist die Rede von einem neuerlichen Schuldenschnitt, der nunmehr die öffentlichen Gläubiger treffen würde. Schon der erste Schuldenschnitt hatte erhebliche kontraproduktive Nebeneffekte, wie etwa die übermäßige Belastung zypriotischer Banken, die in der Folge mit Zypern ein weiteres EU-Mitglied in die Schuldenfalle trieb. Kritiker meinen

allerdings, dass sich das Schuldenproblem wegen der rigiden Sparmaßnahmen nicht lösen lasse; zunehmend fordern daher Wissenschaftler, Experten und teilweise auch Politiker, zuletzt sogar der IWF, dass die Sparpolitik von einem effektiven Wirtschaftsförderungsprogramm begleitet werden müsse. Zaghafte Schritte in diese Richtung sind bereits gesetzt, allerdings erweisen sich auch in diesem Falle die beschränkte Handlungsfähigkeit und schwerfällige Beschlussfassung der Union ebenso wie die unzureichenden Verwaltungskapazitäten in Griechenland als Problem.

In Griechenland wächst unterdessen die Hoffnungslosigkeit. Losungen populistischer Parteien, die den Austritt aus dem Euro oder sogar der EU propagieren, finden zunehmend eine breite Anhängerschaft. Allerdings werden die Konsequenzen solcher Schritte kaum bedacht: Eine Währungs-umstellung zurück zur Drachme würde den Schuldenberg in ausländischer Währung ins Gigantische erhöhen, die ohnehin schon gefährliche Umverteilung von unten nach oben weiter begünstigen und Griechenland in der EU isolieren.

Einfache und vor allem kurzfristige Lösungen für die aktuelle Schuldenkrise und noch weniger für ihre wirtschaftlichen und politischen Folgen sind nicht in Sicht. Umso mehr ist es von Bedeutung, die problematischsten Folgen zumindest partiell einzudämmen. Das gilt sowohl für die griechische Seite als auch für die EU. Mehr Einsicht in die Ursachen der Probleme und damit effektivere Lösungsansätze, mehr Verständnis und Respekt für die jeweiligen politischen Positionen, verstärkte Bemühungen um eine faire Verteilung von Kosten und Lasten, mehr Respekt und Anerkennung für die Schwächeren sowie die Verlierer der aktuellen Krise, die sie ja zumeist nicht verschuldet haben, wären auf beiden Seiten angebracht.

Mit anderen Worten: Die EU und ihre Repräsentanten sollten mit weniger Arroganz, dafür aber mehr Klarsicht und vor allem effektiven Hilfsmaßnahmen Problemlösungen anstreben; die griechischen Politiker sollten sich nicht länger als Opfer externer Bevormundung fühlen, sondern von sich aus als engagierte Protagonisten handeln, indem sie eine konsequente Aufklärung der Bevölkerung betreiben und geeignete Rahmenbedingungen für tragfähige wirtschaftliche Entwicklungen schaffen.

-
- 1 Spyros Economides: The Europeanisation of Greek Foreign Policy. In: West European Politics, 28 (2005) Nr. 2, S. 471-491.
 - 2 Economides (Anm. 1)
 - 3 Heinz Jürgen Axt: Griechenlands Schuldenkrise: Gefahr für den Euro? Das Dilemma von vertragskonformen oder politisch opportunen Lösungen. 2010. Online erhältlich unter: http://www.unidue.de/imperia/md/content/politik/axt/gr_euro_axt_sog_20100307_1_.pdf, und http://www.suedosteuropa-gesellschaft.com/pdf_2010/doku/griechenland_schuldenkrise_axt.pdf.

- 4 Kevin Featherstone / Dimitris Papadimitriou: The Emperor Has No Clothes! Power and Resources within the Greek Core Executive. In: Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions, 26 (2013) Nr. 3, S. 523-545.
- 5 Economides (Anm. 1).
- 6 Economides (Anm. 1), S. 479-481.
- 7 Economides (Anm. 1), S. 485-486.
- 8 Economides (Anm. 1), S. 471, Übersetzung I. Tömmel.
- 9 Economides (Anm. 1), S. 483-484.
- 10 Featherstone / Papadimitriou (Anm. 4).
- 11 Dieser Plan zur Wiedervereinigung der beiden Inselteile wurde maßgeblich vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan vorangetrieben, jedoch im griechischen Teil der Insel abgelehnt.
- 12 Axt (Anm. 3), S. 12.
- 13 Axt (Anm. 3).
- 14 Kevin Featherstone: The Greek Sovereign Debt Crisis and EMU: A Failing State in a Skewed Regime. In: Journal of Common Market Studies, 49 (2011) Nr. 2, S. 193-217.
- 15 Featherstone (Anm. 14).
- 16 Featherstone (Anm. 14), S. 201-203.
- 17 Vassilis S. Tsianos / Dimitris Parsanoglu: Metamorphosen des Politischen: Griechenland nach den Wahlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 35-37, 2012, S. 8-15.
- 18 Alle Zahlen aus: http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_Griechenland_2012; siehe auch Tsianos / Parsanoglu (Anm. 17).
- 19 Tsianos und Parsanoglu (Anm. 17) , S. 13.
- 20 Featherstone (Anm. 14).